

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung durch das Referat für Stiftungs-, Notar- und Rechtsanwaltsangelegenheiten der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg
- Referat für Stiftungs-, Notar- und Rechtsanwaltsangelegenheiten -
Drehbahn 36
20354 Hamburg
Tel.: 040-42843-5246/-5275
Fax: 040-4273-13255
stiftungen@justiz.hamburg.de

Die Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Drehbahn 36
20354 Hamburg
E-Mail: jbdatenschutz@justiz.hamburg.de

Ihre Daten werden für Zwecke der Wahrnehmung der Aufgaben in Rechtsanwalts- und Notarangelegenheiten verarbeitet. Nach Abschluss der Sachbearbeitung werden Ihre Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Ablauf der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der für das Archivwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. b), c), e) und f) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. e), f), g) und h) der Verordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und das Hamburgische Datenschutzgesetz (HmbDSG) sowie ggf. bereichsspezifische Rechtsgrundlagen zum Datenschutz.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Zuge des Verfahrens weitergegeben an

- andere Behörden und Gerichte, sofern erforderlich
- die von der Justizverwaltung im Rahmen des Erforderlichen eingesetzten IT-Dienstleister
- die von der Justizverwaltung im Rahmen des Erforderlichen eingesetzten Buchungsdienstleister.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Referat für Stiftungs-, Notar- und Rechtsanwaltsangelegenheiten, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg).